Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/1685

20. 01. 88

Antrag

der Fraktion der SPD

Zur deutsch-französischen Freundschaft anläßlich des 25. Jahrestages des Elysée-Vertrages

Vor 25 Jahren wurde der Elysée-Vertrag unterzeichnet. Mit ihm wurde eine historische Wende im deutsch-französischen Verhältnis besiegelt: Lange Perioden von Feindschaft und Konflikten – in unserem Jahrhundert zwei von Deutschland ausgehende zerstörerische Weltkriege – hatten das Verhältnis geprägt. Mit dem Vertrag ist ein beispielloser Prozeß der Zusammenarbeit, der Aussöhnung und der Freundschaft eingeleitet worden. Der Elysée-Vertrag gab Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland eine Grundlage, um auch eine politische Pilotfunktion auf dem Wege zur europäischen Union zu übernehmen.

Nach dem Scheitern des EG-Gipfels von Kopenhagen (auch die Bundesregierung trifft ein erheblicher Teil der Schuld daran) haben Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland eine besondere Verantwortung für Europa.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Im Geiste des Elysée-Vertrages bleiben Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland dazu aufgerufen, ihr Werk freundschaftlicher Zusammenarbeit durch praktische Schritte auf allen Feldern von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Umwelt fortzuführen.

2. Die französisch-deutsche Freundschaft hat sich immer verstanden als ein Schritt hin auf ein politisch geeintes Europa. Diese Freundschaft schließt niemanden aus. An der großen Aufgabe des politisch geeinten Europas müssen alle Staaten mitarbeiten. In der Vergangenheit waren Frankreich und Deutschland Quellen des Konfliktes und Ursprung von europäischen Kriegen. Jetzt wollen sie ein Wegbereiter der europäischen Einigung sein.

3. Friedenswillen und Versöhnung haben die beiden Völker einander näher gebracht. Aber unterschiedliche, ja gegensätzliche Erfahrungen haben auch zu unterschiedlichen verteidigungspolitischen Konzeptionen geführt. Daher müssen beide Partner in der Sicherheitspolitik nicht nur ihre Zusammenarbeit bei

Strategie und Verteidigung noch enger gestalten, sondern auch mehr als bisher gemeinsame Initiativen zu europäischer Friedenspolitik entfalten. Beim künftigen Abrüstungsprozeß nach dem INF-Abkommen müssen sie eine besonders aktive Rolle spielen. Dies dient nicht zuletzt auch dem Ziel stärkerer europäischer Selbstbehauptung.

4. In der Wirtschaft- und Finanzpolitik fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, Frankreich mit seiner Forderung nach einer einheitlichen europäischen Währung sowie der Schaffung eines europäischen Zentralbanksystems inhaltlich und politisch zu unterstützen. Zugleich ist gemeinsam mit Frankreich eine Strukturpolitik zu entwickeln, um innerhalb der EG Lösungen für die Kohle- und Stahlkrise zu finden.

5. Der Schutz der Umwelt ist zu einer übernationalen Aufgabe geworden. Deutsch-französische Initiativen könnten der dringend erforderlichen europäischen Umweltpolitik zum Durchbruch verhelfen.

6. Besondere Verantwortung tragen beide Partner für die Reform der europäischen Agrarpolitik. Sie müssen mit Nachdruck Initiativen ergreifen, um bei Zurückstellen nationaler Interessen Lösungsvorschläge zu erarbeiten, die die gegenwärtige Krise überwinden helfen.

7. Auch die kulturelle Selbstbehauptung Europas braucht die intensive kulturpolitische Zusammenarbeit der Franzosen und der Deutschen. Die „Gemeinsame Erklärung über kulturelle Zusammenarbeit" vom 28. Oktober 1986 war ein erster, vielleicht zu zaghafter Schritt. Die Aufgaben die in dieser Erklärung formuliert worden sind, müssen jetzt zügig in Angriff genommen werden.

Die Tätigkeit des erfolgreich arbeitenden deutsch-französischen Jugendwerkes muß aufgewertet und ausgebaut werden.

Bonn, den 20. Januar 1988

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333